



Dr. Anton Hofreiter, MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Fraktionsvorsitzender

Dr. Julia Verlinden, MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecherin für Energiepolitik

Christian Kühn, MdB
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik

Aktionsplan Faire Wärme: Aufbruch in die Neue Wärmewelt

Die Energiewende ist eines der größten Modernisierungsprojekte für Wirtschaft und Gesellschaft seit der Nachkriegszeit. Sie bringt uns voran – ökologisch, ökonomisch und demokratisch.

Mit erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ersetzen wir Schritt für Schritt schmutzige, gefährliche und klimaschädliche Energien. Damit reduzieren wir den Ausstoß an klimaschädlichen Gasen. Und wir verringern Naturzerstörung und Gesundheitsschäden, die durch Abbau und Verbrennung von Kohle, Öl, Gas und Uran unweigerlich verursacht werden. So helfen wir, die Lebensgrundlagen für unsere Kinder und Enkel zu bewahren.

Neue Technologien zur Energieeinsparung und zur Nutzung erneuerbarer Energien bringen Innovationen in der Wirtschaft, neue Exportchancen, aber auch regionale Wertschöpfung durch Energieprojekte vor Ort. Außerdem machen wir uns mit Energieeffizienz und Erneuerbaren unabhängig vom Import von fossilen Brennstoffen. So gewinnen wir finanzielle Spielräume zurück und stärken zukunftsfähiges Wirtschaften.

Die neue Energiewelt bringt nicht zuletzt eine Demokratisierung unserer Energieversorgung. Während vor der Energiewende wenige Konzerne das profitable Geschäft mit Strom und Wärme jahrzehntelang unter sich aufgeteilt hatten, setzt die Energieversorgung der Zukunft auf Vielfalt und Beteiligung. Bürgerinnen und Bürger errichten Solaranlagen auf ihren Dächern oder schließen sich zu Energiegenossenschaften zusammen, um Windparks oder Bioenergieanlagen zu bauen. Stadtwerke entwickeln Energiesparprogramme, investieren in Erneuerbare und profilieren sich als Dienstleister vor Ort, die zum Beispiel Gebäude und Gewerbe mit grüner Wärme aus der Nachbarschaft versorgen. So macht die Energiewende unsere Energieversorgung vielfältig und lebensnah, mit starkem Rückhalt bei den Menschen.

Der Umbau unserer Stromversorgung ist bereits ein gutes Stück vorangekommen – rund ein Drittel des Stromverbrauchs in Deutschland decken die erneuerbaren Energien bereits. Wenn insbesondere Solar- und Windenergie konsequent und zügig ausgebaut werden und wir auch bei der Energieeffizienz vorankommen, kann Deutschland seinen Strombedarf in absehbarer Zeit vollständig erneuerbar decken.

Auch die Umstellung unserer Wärmeversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energien ist möglich. Doch für diesen Umstieg tut sich im Wärmemarkt viel zu wenig. Die energetische Sanierung von Gebäuden verläuft schleppend und da wo saniert wird, werden allzu oft Mieterinnen und Mieter aus ihren angestammten Wohnvierteln verdrängt. Der Energiebedarf sinkt nur langsam und der Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärmeversorgung stagniert auf niedrigem Niveau. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei erneuerbarer Wärme abgeschlagen hinter Ländern wie Frankreich, Italien oder Österreich. In Dänemark ist der Anteil der Erneuerbaren sogar dreimal so hoch.

Wir Grüne im Bundestag wollen diesen Stillstand beenden. Wir wollen binnen dreier Jahrzehnte die Wärmeversorgung komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. Dass dies geht, zeigt die Studie „Die Neue Wärmewelt“, die die grüne Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben hat.

Für den Aufbruch in die Neue Wärmewelt vollziehen wir Grüne einen Paradigmenwechsel: Statt an einem Wirrwarr von Förderprogrammen für unkoordinierte Einzelmaßnahmen festzuhalten, setzen wir auf gemeinschaftlich geplante Sanierungsprojekte im Dorf oder im Stadtviertel. Wir unterstützen die Kommunen in der örtlichen Wärme- und Sanierungsplanung und erleichtern die erneuerbare Energieversorgung durch eine moderne und gut vernetzte Infrastruktur. Wir schaffen neue Beteiligungsmöglichkeiten für die Menschen und die Unternehmen beim Umbau der Wärmeversorgung vor Ort. Und wir setzen Verdrängung und Mietpreissteigerungen mit der richtigen Förderung und einem sozialen Mietrecht wirksame Konzepte entgegen.

Weil der Wärmemarkt vielfältig und reich an Akteuren ist und unterschiedliche Voraussetzungen in verschiedenen Quartieren und Regionen herrschen, ist auch unser Instrumentenkasten breit gefächert. So erreichen wir EigentümerInnen und MieterInnen von Wohngebäuden ebenso wie Gewerbeimmobilien und öffentliche Liegenschaften und nehmen die gesamte Wärmeerzeugung in den Blick. Unsere Leitlinien und Maßnahmen für den Wärmemarkt der Zukunft beschreibt unser „Aktionsplan Faire Wärme“.

* * *

1. Energiesparen verbindlich machen

Immer noch verpufft zu viel Wärme ungenutzt in der Umgebung. Damit geht wertvolle Energie verloren, die aufwändig erzeugt und teuer bezahlt wird. Diese Energie wollen wir nutzen oder einsparen, damit der verbleibende Rest umso leichter mit erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Den Energiebedarf für Raumwärme und Warmwasser können wir etwa um die Hälfte senken, die Prozesswärme in Gewerbe und Industrie um ein Drittel. Fürs Energiesparen sieht unser Aktionsplan folgende Maßnahmen und Instrumente vor:

- **Finanzielle Anreize stärken**

Wir wollen Förderprogramme für energetische Sanierung und Effizienzmaßnahmen aufstocken und bürokratische Zugangshürden abbauen, damit die gezielte Förderung ankommt und wirkt. Wir sehen dazu ein Wärme- und Strompaket in Höhe von 7 Mrd. Euro jährlich vor, das Energiesparen und erneuerbare Wärme voranbringt. Dieses zukunftsweisende Förderprogramm kann durch den Abbau umweltschädlicher Subventionen finanziert werden.

Selbst nutzende EigentümerInnen wollen wir mit einem Steuerbonus bei der energetischen Sanierung ihrer Wohnungen und Häuser unterstützen.

Nicht zuletzt wollen wir das Steuer- und Abgabensystem so weiterentwickeln, dass sich der CO₂-Ausstoß eines Energieträgers stärker im Preis widerspiegelt und so der wirtschaftliche Anreiz steigt, Energiesparmaßnahmen und Gebäudesanierungen umzusetzen und auf klimafreundliche Lösungen bei der Energieversorgung zu setzen.

- **Einspargesetz einführen**

Unternehmen und Privatpersonen brauchen Planungssicherheit für ihre Investitionsentscheidungen. Deshalb wollen wir mit einem Energiespargesetz einen klaren Pfad vorgeben, wie viel Energie in welchen Bereichen bis wann eingespart werden soll. Im Gebäudebereich wollen wir das selbst für Fachleute schwer zu durchblickende Regelungsdickicht durch ein zeitgemäßes Energiesparrecht ersetzen. Es soll deutlich einfacher und transparenter werden. Anstatt jedes Bauteil einzeln zu bewerten wollen wir die CO₂-Emissionen und den realen Wärmebedarf eines Gebäudes zur

maßgeblichen Steuerungsgröße machen. So erreichen wir Klimaschutz und energieeffiziente Gebäude, statt überbordender Bürokratie und schön gerechnete Baumaßnahmen auf dem Papier.

In der gewerblichen Wärmenutzung setzen wir auf branchenspezifische Benchmarks, die am Stand des technisch Machbaren ausgerichtet sind. Unternehmen, die Förderungen und Vergünstigungen bei Energieabgaben in Anspruch nehmen wollen, müssen diese Benchmarks erfüllen.

- **Zentrale Energiesparstelle einrichten**

Die Bundesstelle für Energieeffizienz wollen wir zu einer leistungsfähigen Kompetenzstelle für die Umsetzung von Energiesparmaßnahmen ausbauen. Sie soll in Ergänzung zu den regionalen Energieberatungsagenturen als Ansprechpartnerin und Auskunftsstelle für VerbraucherInnen, Unternehmen und Kommunen oder Bürgerenergie-Genossenschaften fungieren und über alle Fragen zum Energiesparen und zu den Förderprogrammen Auskunft geben.

- **Energiespar-Markt durch Ausschreibungen beflügeln**

Wir wollen Kreativität und Angebote von Energiedienstleistern, Gewerbetreibenden und Stadtwerken für Energiesparmaßnahmen in Industrie, Gewerbe und Privathaushalten durch wettbewerbliche Ausschreibungen fördern. Wer die überzeugendste und kostengünstigste Lösung für die Einsparung einer bestimmten Menge an Kilowattstunden vorlegt, erhält den Zuschlag. Die Bedingungen für die Teilnahme halten wir im Gegensatz zur jetzigen Bundesregierung einfach und praxistauglich. Außerdem stellen wir mit 800 Millionen Euro pro Jahr ein Vielfaches an Fördergeld zur Verfügung.

2. Auf Erneuerbare Energien umsteigen

Erneuerbare Energien sind der Schlüssel zu einer klimafreundlichen, bedarfsgerechten und vielfältigen Wärmeversorgung. Daher wollen wir die erneuerbaren Heizungstechnologien schneller voranbringen. Unser Aktionsplan sieht dafür folgende Maßnahmen und Instrumente vor:

- **Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas schrittweise vollziehen**

Wie im Strom- und Verkehrssektor wollen wir die Verbrennung fossiler Energie auch im Wärmebereich schrittweise beenden. Dafür stellen wir die Förderung neuer Öl- oder Gasheizungen über die KfW ab sofort ein. Staatliche Förderung soll es nur noch für klimafreundliche Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien geben.

In Neubauten sind Ölheizungen durch die Vorgaben der Energieeinsparverordnung bereits heute ein Auslaufmodell. Mit Inkrafttreten eines anspruchsvolleren Niedrigstenergie-Gebäudestandards werden sie in Neubauten nicht mehr verwendet. Indem wir die Klimawirkung des jeweiligen Heizsystems im Energiesparrecht stärker gewichten, werden Ölheizungen auch in Bestandsgebäuden als erstes vom Markt verschwinden.

Wir wollen den von der EU geforderten Gebäudestandard entsprechend dem KfW Effizienzhaus 40 definieren. Damit würden ab 2021 in Neubauten auch Erdgasheizungen nur noch in wenigen Fällen zum Einsatz kommen.

- **Erneuerbare im Gebäude-Bestand einführen**

Den Einsatz erneuerbarer Energien wollen wir bei umfassender Modernisierungen von Gebäuden oder ohnehin erforderlichem Austausch einer Heizungsanlage verpflichtend machen – für Wohngebäude ebenso wie für Nicht-Wohngebäude. Die Anforderungen an den Erneuerbaren-Anteil werden voraussehbar und planbar erhöht. Öl- und Gasheizungen werden so nach und nach v.a. durch Solarthermie und Wärmepumpen ersetzt.

- **Erneuerbare Wärme stärker fördern**

Um den Einsatz erneuerbarer Energien zu beschleunigen, wollen wir das Marktanzreizprogramm für Erneuerbare im Wärmemarkt (MAP) verbessern. Heizsysteme, die den gesetzlich vorgegebenen Erneuerbaren-Anteil überschreiten, erhalten dadurch eine verstärkte Förderung. Den Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energieträger wollen wir außerdem mit einer Anpassung des Steuer- und Abgabensystems an den CO₂-Ausstoß des jeweiligen Brennstoffs attraktiver machen.

- **Nah- und Fernwärmeversorgung dekarbonisieren**

Wir wollen Wärmenetze mithilfe gesetzlicher Regelungen für die Einspeisung erneuerbarer Wärme sowie industrieller und gewerblicher Abwärme öffnen. Gleichzeitig wird die stärkere Gewichtung des Klimaschutzes im Gebäudeenergie-sparrecht dazu führen, dass auch Fernwärme schrittweise dekarbonisiert wird.

Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen, die häufig die Wärme für Wärmenetze liefern, sollen modernisiert und von Erdgasbetrieb stärker auf Abwärmenutzung und/oder erneuerbare Brennstoffe wie Biogas, feste Biomasse oder Wind- und Solar-Methan umgestellt werden. Dadurch treiben wir die Sektorenkopplung von Strom- und Wärmemarkt voran.

- **Stromüberschüsse für Sektorenkopplung nutzen**

Mit zunehmendem Anteil von Ökostrom werden die Zeiten zunehmen, in denen mehr Wind- und Solarstrom erzeugt als gerade benötigt wird. Dieser Strom kann über Power-to-Heat-Anwendungen – vom einfachen Tauchsieder bis zur Großwärmepumpe – zur Wärmeerzeugung genutzt werden. In Kombination mit KWK-Anlagen, saisonalen Wärmespeichern und Wärmenetzen kommt so die Dekarbonisierung von leitungsgebundener Wärme noch schneller voran.

3. Infrastruktur modernisieren

Indem wir Wärmeversorgung im Zusammenhang der örtlichen Gegebenheiten denken und uns von der Einzelfallbetrachtung zur Quartierslösung wenden, können wir effizientere und flexiblere Lösungen für die Wärmeversorgung schaffen. Im Blick auf die Infrastruktur sieht unser Aktionsplan folgende Maßnahmen und Instrumente vor:

- **(Nah-)Wärmenetze ausbauen und öffnen**

Nahwärmenetze stellen eine sinnvolle Möglichkeit dar, örtlich erzeugte Wärme aufzunehmen, mit Speichern zu verknüpfen und effizient zu verteilen – insbesondere in Bestandsquartieren. Deshalb wollen wir Nahwärmenetze konsequent ausbauen und die entsprechenden Förderprogramme stärken. Überall, wo örtliche Wärmenetze bereits bestehen, sollen diese bei Bedarf modernisiert und wenn möglich ausgeweitet werden.

Wir wollen Wärmenetze für die Einspeisung erneuerbarer Wärme öffnen. Das gilt beispielsweise für großflächige Solarthermie-Anlagen, aber auch für hocheffiziente Groß-Wärmepumpen. Auch temporäre Stromüberschüsse können mittels Power-to-Heat-Technologien Wärme liefern und in die Netze einspeisen. Außerdem werden wir die Einbindung von KWK-Anlagen sowie industrieller Abwärme fördern. Vorhandene Wärmequellen können so wirtschaftlich genutzt werden.

Insgesamt muss für Wärmenetze unabhängig vom Betreiber gelten, dass Kosten und ökologische Qualität der angebotenen Wärme transparent gemacht werden und unabhängige Preiskontrollen gewährleistet sind. Das stärkt das Vertrauen der Kunden.

- **Mit Wärmespeichern Flexibilität schaffen**

Wärmespeicher helfen dabei, zeitliche Unterschiede zwischen Wärmeherzeugung und -bedarf auszugleichen. Dadurch schaffen wir die nötige Flexibilität im System. Über Wärmespeicher kann bspw. Wärme aus KWK- oder Solaranlagen aufgefangen werden, auch wenn sie erst später benötigt wird. Deshalb werden wir ein Förderprogramm i.H.v. 400 Mio. Euro für 10.000 Wärmespeicher auflegen. So kann jede Gemeinde oder jeder Stadtteil in den kommenden 10 Jahren mindestens einen großen Wärmespeicher erhalten.

4. Wärmeplanung stärken

Eine gute Planung für energetische Sanierung, Energiesparmaßnahmen und Wärmeherzeugung erleichtert das Vorgehen und ermöglicht Effizienzgewinne. Unser Aktionsplan sieht dafür folgende Maßnahmen und Instrumente vor:

- **Kommunen zu Wärmeplanerinnen machen**

Wir wollen Kommunen dabei unterstützen, eine umfassende Wärmeplanung aufzulegen und Sanierungsfahrpläne für ihre Dörfer, Siedlungen oder Stadtviertel zu erstellen. In den Sanierungsfahrplänen werden geeignete Sanierungszeitpunkte und Maßnahmenpakete passend für die verschiedenen Haus- und Gebietstypen erarbeitet. Mit Zuschüssen und günstigen Krediten wollen wir die Wärmeplanung fördern.

Vorbild für die kommunale Umsetzung ist die Städtebauförderung und ihr bewährtes Programm der behutsamen städtebaulichen Sanierung. Jede Kommune kann mit unseren Instrumenten einen für ihre Situation geeigneten Weg zu energetischer Gebäudesanierung und klimafreundlicher Wärmeversorgung einschlagen.

- **Quartiersansatz nach vorne stellen**

Wir denken energetische Gebäudesanierung nicht länger nur von Haus zu Haus, sondern in Zusammenhängen von städtischen Quartieren, Gewerbegebieten, Dörfern oder Siedlungen. Dadurch erreichen wir gemeinschaftliche Versorgungslösungen, die energieeffizienter und oft auch günstiger sind als eine Vielzahl von Einzellösungen.

Für die energetische Quartierssanierung legen wir ein finanzstarkes Förderprogramm auf, um warmmietenneutrale Sanierungen für Mieterinnen und Mieter mit kleinem Einkommen zu ermöglichen. So können wir der Verdrängung von Menschen mit geringem Einkommen entgegenwirken und lebendige Stadtviertel erhalten. Mit dem Quartiersprogramm sollen auch Kommunen unterstützt werden, damit sie umfassende Sanierungsfahrpläne und eine passende Fairwärme-Planung auflegen können.

- **QuartiersmanagerInnen als Bindeglied etablieren**

Bei der Einbindung von örtlichen Unternehmen, Gewerbetreibenden, EigentümerInnen und MieterInnen helfen Energie-QuartiersmanagerInnen, die den Prozess koordinieren, die Betroffenen informieren und die Maßnahmen bewerben. Sie fungieren als Lotsen beim Umbau der Wärmeversorgung. Ihre Arbeit wollen wir bundesweit unterstützen.

- **Rebound-Effekte bremsen**

Gewinne durch Energieeinsparung werden zum Teil durch größere Wohn- oder Gewerbeflächen wieder aufgezehrt. Wir wollen Konzepte wie das Gemeinschaftswohnen, Wohnungstauschbörsen oder Mehr-Generationen-Häuser stärken. So schaffen wir passende Angebote für veränderten Wohnraumbedarf z.B. im Alter oder für die wachsende Zahl von Ein-Personen-Haushalten und wirken dem steigenden Wohnflächenverbrauch pro Kopf entgegen.

5. Nachhaltige Baustoffe voranbringen

Über die Klima- und Umweltbilanz eines Gebäudes entscheidet nicht nur der energetische Standard, sondern auch das verwendete Material. In Beton steckt beispielsweise schon durch die Produktion viel „graue Energie“. Wir setzen daher nicht nur beim Energieverbrauch während der Nutzung an, sondern auch beim Bauen selbst. Unser Aktionsplan sieht dafür folgende Maßnahmen und Instrumente vor:

- **Ökologische Baustoffe fördern**

Wir wollen ein Modellprogramm für ökologische Baustoffe mit einem Programmvolumen von 20 Mio. Euro initiieren. U. a. finanzieren wir so ein KfW-Programm ‚Natur Plus‘, mit dem Baumaterialien auf Basis nachwachsender Rohstoffe – wie beispielsweise energiesparende Holzfenster, Hanf- oder Zellulosedämmung – sowohl im Neubau als auch in der Sanierung zusätzlich gefördert werden. Auch in der Ausbildung und beruflichen Weiterbildung aller Bauberufe wollen wir die Nutzung von ökologisch vorteilhaften Baustoffen stärker verankern, ebenso wie in der Energieberatung.

- **Bauen mit Holz erleichtern**

Durch den weltweiten Bauboom steigt der CO₂-Ausstoß zusätzlich an. Deshalb müssen wir anders bauen: ressourcenschonender, nachhaltiger, klimafreundlicher. Wir schlagen eine nationale Holzbaustrategie vor, die das Bauen mit Holz und regionalen Rohstoffen gezielt voranbringt. Gleichzeitig wollen wir sicherstellen, dass bei heimischem wie importiertem Holz strenge soziale und ökologische Standards eingehalten und Legalitätsnachweise bei Anbau und Rodung erbracht werden.

- **Graue Energie einbeziehen**

Bisher wird nachhaltiges Bauen im Wesentlichen mit Energiesparen gleichgesetzt. Diese Betrachtung greift zu kurz. Für die Erstellung eines Gebäudes wird das 20- bis 25-fache der Energie verbraucht, die dieses Gebäude später pro Jahr benötigt. Deshalb wollen wir bei der Klassifizierung von Bau- und Dämmstoffen die Umweltauswirkungen und den Energieeinsatz bei der Herstellung berücksichtigen, die sog. graue Energie. Damit erhalten Baumaterialien realistische Bewertungen, die sich auf die Fördersystematik des Bundes auswirken und die Bevorzugung von Styropor und Co. beenden.

* * *

6. Beratung ausbauen und verbessern

Viele Menschen wollen mitmachen bei der Energiewende im Wärmesektor. Doch oft sind EigentümerInnen, MieterInnen oder Gewerbetreibende unsicher, was die richtige und wirtschaftlichste Maßnahme für sie ist. Da hilft unabhängige und qualifizierte Beratung. Um diese zu stärken, sieht unser Aktionsplan folgende Maßnahmen und Instrumente vor:

- **Bundesweit Zugang zu Beratungsangeboten schaffen**

Wir wollen existierende Energie- und Klimaschutzagenturen sowie Beratungsangebote z.B. von Verbraucherzentralen, Diakonie oder Caritas ebenso unterstützen wie den Aufbau neuer regionaler Energieberatungsagenturen in noch unterversorgten Regionen. Die Beratungsstellen sollen MieterInnen, WohnungsbesitzerInnen und InvestorInnen beim Energiesparen und bei der Umrüstung auf erneuerbare Energien unabhängig beraten. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sowie öffentliche Einrichtungen, Verwaltungen und Kommunen sollen ebenfalls von der Energiesparberatung profitieren, um Prozess- oder Heizwärme einzusparen.

- **Sanierungsfahrpläne flächendeckend einführen**

Individuelle Sanierungsfahrpläne für Gebäude sind ein geeignetes Mittel, um Reihenfolge und Wirkung von energetischen Maßnahmen an einem Gebäude zu optimieren und Fehlinvestitionen zu vermeiden. Wir wollen Sanierungsfahrpläne

deshalb fördern und flächendeckend einführen. Für den Einstieg in die Energieberatung wollen wir Beratungsgutscheine für Sanierungsfahrpläne ausgeben.

- **Energieausweis vereinheitlichen und verbessern**

Wir wollen die Energieausweise für Gebäude vereinheitlichen, so dass sie den Energiebedarf des Gebäudes unabhängig vom Nutzerverhalten darstellen und zusätzlich den gemessenen Energieverbrauch der vergangenen Jahre ausweisen. Der Ausweis soll leicht lesbar sein und die Angaben nachvollziehbar und überprüfbar berechnet werden. Wir wollen ihn verpflichtend mit einer Vor-Ort-Energieberatung verbinden.

7. Neue Wärmewelt sozial gestalten

Den Aufbruch in die Neue Wärmewelt wollen wir sozial und ausgewogen gestalten und insbesondere mit einer vorausschauenden Wohnungspolitik flankieren. So stellen wir sicher, dass energetische Modernisierungen nicht zur Verdrängung aus städtischen Quartieren missbraucht werden und auch Menschen mit kleinerem Einkommen in energetisch hochwertigem Wohnraum leben können. Unser Aktionsplan sieht dafür folgende Maßnahmen und Instrumente vor:

- **Solide Mietpreisbremse einführen**

Die Mietpreisbremse der Bundesregierung verdient ihren Namen nicht. Gerade in Ballungszentren steigen die Mieten weiter. Für wirklichen Mieterschutz müssen Schlupflöcher wie die Ausnahmen beim Neubau und bei umfassender Modernisierung geschlossen werden. Wir treten für eine robuste Mietpreisbremse mit einer Geltungsdauer von zehn Jahren ein.

- **Modernisierungsumlage begrenzen**

Wir wollen die sogenannte Modernisierungsumlage reformieren, um die Verdrängung von MieterInnen durch die Hintertür der energetischen Sanierung zu verhindern. Dafür werden wir die prozentuale Höhe der Umlage deutlich absenken und sie in der absoluten Höhe kappen und nur noch echte Energiesparmaßnahmen und Barriere-Abbau berücksichtigen. Sonstige miettreibende Maßnahmen wie Luxusbäder werden von der Umlagemöglichkeit ausgeklammert.

- **Klimawohngeld einführen**

Mit einem Klimawohngeld wollen wir es Haushalten mit kleinen Einkommen ermöglichen, in energetisch saniertem Wohnraum zu leben. Dazu erhöhen wir das Wohngeld, wenn die Wohnung energetisch modernisiert ist.

- **Warmmietenneutrale Sanierung fördern**

Mit unserem 2-Milliarden-Programm zur energetischen Sanierung ganzer Wohnviertel (s.o.) fördern wir insbesondere die warmmietenneutrale energetische Modernisierung von Wohnungen, in denen Menschen mit kleinen Einkommen leben. Vorbild für die kommunale Umsetzung ist die Städtebauförderung und ihr bewährtes Programm der behutsamen städtebaulichen Sanierung.

8. Wärmeversorgung gemeinsam umgestalten

Die Energiewende funktioniert immer dann besonders gut, wenn sich viele Menschen an der Planung, Finanzierung und Umsetzung beteiligen können. Deshalb ist uns wichtig, dass sich viele unterschiedliche Akteure beteiligen: WohnungseigentümerInnen, MieterInnen, Energiedienstleister sowie Energieversorger, Gewerbe- und Industriebetriebe, Schulen, Kitas und andere öffentliche Einrichtungen. Unser Aktionsplan sieht dafür folgende Maßnahmen und Instrumente vor:

- **Beteiligungsmöglichkeiten vor Ort schaffen**

Wir wollen die neu entstandene Bürgerenergie-Bewegung auf den Wärmesektor ausdehnen und die Menschen vor Ort aktiv am Umbau der Wärmeversorgung beteiligen. Dafür wollen wir Modellprojekte fördern, in denen energetische Sanierungen von öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Schwimmbädern oder Rathäusern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern geplant, finanziert und umgesetzt werden. Solche Projekte sollen bundesweit Schule machen und Nachahmung finden.

- **Genossenschaftliche Lösungen unterstützen**

Insbesondere den Aufbau genossenschaftlich betriebener Wärmenetze wollen wir gezielt unterstützen. Denn statt hohe Gewinnmargen zu erbringen, sollen Wärmenetze stärker am Gemeinwohl orientiert betrieben werden. So sorgen wir für bezahlbare Wärme und stärken das Vertrauen der Kundinnen und Kunden in ihre Versorgungsunternehmen.

- **Eigenversorgung mit Strom und Wärme erleichtern**

Wir wollen Wohnungsunternehmen und BürgerInnen dazu motivieren, stärker als bisher als Energieversorger aktiv zu werden und Blockheizkraftwerke oder Solaranlagen zu betreiben und die Energie kostengünstig und dezentral direkt vor Ort zu nutzen. Dafür werden wir Mieterstrommodelle und die dezentrale Versorgung von Mietshäusern mit Strom und Wärme durch entsprechende Gesetze und Verordnungen erleichtern.

Berlin, Dezember 2016